

Estland

Andres Kasekamp¹

Premierminister Andrus Ansip trat im März 2014 überraschend zurück. Von diesem unerwarteten Schritt erhoffte sich Ansip mit Blick auf die Wahlen im März 2015 offensichtlich ein Wiederaufblühen seiner Reformpartei (Mitglied der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) unter einem neuen Vorsitzenden. Siim Kallas, EU-Kommissar für Verkehr und ehemaliger estnischer Premierminister, nahm Koalitionsverhandlungen mit einem neuen Koalitionspartner, den Sozialdemokraten, auf, um die bestehende Regierungskoalition aus Union von Pro Patria und Res Publica (Mitglied der Europäischen Volkspartei) abzulösen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch, als sich Kallas plötzlich zu einer Rückkehr nach Brüssel entschied, anstatt sich der massiven Kritik der estnischen Medien zu stellen. Die Reformpartei wählte hastig Taavi Roivas, den 34-jährigen Minister für Soziales, zum neuen Parteichef und somit zum Premierminister. Am 26. März 2014 wurde das neue Kabinett von Roivas vereidigt, an seiner Seite steht nun als Juniorpartner Sven Mikser von den Sozialdemokraten. Das neue Kabinett verzichtete auf einen Minister für regionale Angelegenheiten, dafür wurden zwei neue Ministerposten für Außenhandel und Unternehmertum sowie Gesundheit und Arbeit geschaffen. Bemerkenswert ist, dass dem Kabinett mit dem 27-jährigen Bildungsminister Jewgeni Ossinowski erstmals auch ein gebürtiger Russe angehört. Zu den ersten Gesetzgebungsakten der neuen Regierung zählten die Anhebung des Kindergelds sowie eine Gesetzesvorlage zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.

Der Führungswechsel verhalf der Reformpartei zum besten Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. Die Zusammensetzung der estnischen Mitglieder im Europäischen Parlament änderte sich nur geringfügig – die Reformpartei gewann zwei Sitze, während alle anderen im Parlament vertretenen Parteien sowie ein unabhängiger Kandidat je ein Mandat erzielten. Wie bisher schlossen sich drei der sechs estnischen Abgeordneten der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa an. Ansip erzielte die meisten Stimmen und wurde von der Regierung als Kandidat für die neue EU-Kommission vorgeschlagen. Im Wahlkampf drehten sich die Debatten vor allem um die Notwendigkeit, eine entschiedene Antwort der EU auf die russische Aggression gegen die Ukraine zu geben. Europaskeptiker spielten in der Kampagne lediglich eine unbedeutende Rolle. Die wichtigste europaskeptische politische Partei des Landes, die estnische Nationalkonservative Partei, gewann nur 4% der Stimmen, und damit nicht genug, um ein Mandat zu gewinnen. Die Wahlbeteiligung betrug 36,5%.

Außenpolitik

Zu Beginn des Jahres 2014 schien es, als seien die estnisch-russischen Beziehungen so gut wie selten zuvor. Ein Durchbruch in den Beziehungen war 2013 erreicht worden, als die Außenministerien Estlands und Russlands sich auf einen gemeinsamen Wortlaut des Grenzvertrags geeinigt hatten. Am 18. Februar 2014 wurde der Grenzvertrag von den Außenministern Estlands und Russlands, Urmas Paet und Sergej Lawrow, in Moskau

¹ Übersetzt aus dem Englischen.

unterzeichnet. Die positive Entwicklung in den bilateralen Beziehungen erlitt jedoch einen schweren Schlag mit der russischen Annexion der Krim im März 2014 und dem russischen Versuch, die Ostukraine zu destabilisieren. Die Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass Russland militärisch intervenieren würde, wann immer und wo immer man es als notwendig erachte, russisch-sprachige Menschen zu schützen, ist für Estland mit seiner großen russischen Minderheit höchst alarmierend. Die Esten appellierten an die internationale Gemeinschaft, entschieden auf Russlands flagrante Verletzung des Völkerrechts zu reagieren, wurden aber durch die moderaten Gesten der EU enttäuscht. Dennoch fuhr das estnische Parlament mit der Ratifizierung des Grenzvertrags fort. Die erste Lesung des Ratifizierungsgesetzes wurde vom estnischen Parlament im Mai gebilligt, allerdings steht die Einleitung des Ratifizierungsprozesses auf russischer Seite bisher noch aus.

Als Reaktion auf die russische Annexion der Krim im März 2014 stationierten die NATO-Verbündeten zum ersten Mal Kampfflugzeuge auf dem gerade fertiggestellten estnischen Luftwaffenstützpunkt Ämari. Zuvor waren Kampfflugzeuge der NATO Air Policing Mission im Baltikum nur in Litauen stationiert gewesen. Im Jahr 2014 wandte Estland 2% seines BIP für die Verteidigung auf und ist somit eines der wenigen Mitglieder der NATO, die das von der Allianz empfohlene Ausgabenniveau tatsächlich erreichen. Estland hat sich aktiv an Friedensmissionen im Ausland beteiligt. Das letzte estnische ISAF-Kontingent kehrte im Mai 2014 aus Afghanistan zurück. Estland war das erste Land, das positiv auf Frankreichs Plädoyer reagierte, Truppen in die Zentralafrikanische Republik zu entsenden. Hieraus entstand später die GSVP-Mission.

Europapolitik

Europapolitisch unterstützte Estland Initiativen in den Bereichen Cybersicherheit, Energieversorgungssicherheit, Östliche Partnerschaft, Liberalisierung des Energiemarkts sowie Transparenz, Innovation und Binnenmarkt und blieb ein überzeugter Befürworter der Erweiterung. Die Zusammenarbeit mit den anderen baltischen Staaten und den nördlichen Ländern als regionaler Block innerhalb der EU wurde weiter ausgebaut.

Als jüngstes Eurozonenmitglied war Estland besonders daran gelegen, als konstruktives und mustergültiges Land zu gelten. Dennoch wuchs der öffentliche Unmut darüber, Hilfszahlungen für reichere Mitgliedstaaten zu leisten, die sich nicht an das EU-Regelwerk gehalten haben. Der Beitritt Lettlands – engster Nachbar und Verbündeter Estlands – zur Eurozone am 1. Januar 2014 sowie das grüne Licht für den Beitritt Litauens zum 1. Januar 2015 wurden in Estland mit großer Freude aufgenommen.

Eines der Hauptanliegen Estlands ist mit Hilfe der Kommissionsfazilität für grenzüberschreitende Infrastruktur die Transport- und Energiewege mit den alten EU-Mitgliedstaaten auszubauen, da die baltischen Staaten infrastrukturell vom Rest der EU isoliert sind. Der Bau der Ostsee-Eisenbahn, einer Hochgeschwindigkeitsbahn, die Tallinn über Warschau mit Mitteleuropa verbinden soll, stand im Mittelpunkt des Interesses und machte harte Verhandlungen mit Lettland und Litauen nötig. Wie die anderen baltischen Staaten, war auch Estland bemüht, seine Energieimporte zu diversifizieren und die Abhängigkeit von russischen Lieferanten zu verringern. Das Land drängte daher auf eine gemeinsame EU-Energiepolitik. Ein wesentliches Element dieses Anliegens ist der Aufbau eines Flüssig-Erdgas (LNG)-Terminals für das Baltikum. Seit die Europäische Kommission eine Stelle an der finnischen Grenze empfohlen hat, verhandeln die estnische Regierung und Investoren mit der finnischen Regierung und dem finnischen Gasunternehmen Gasum. Die finnischen Verhandlungspartner scheinen allerdings kaum motiviert zu sein, in dieser Frage rasch voranzuschreiten.